

Land für alle

Marietou Dicko ist Mitglied der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON und lebt in Sokolo im Norden des Office du Niger (Mali).

Ich bin sehr froh, bei der COPON aktiv zu sein. Alle setzen sich ernsthaft für die Lösung der Probleme der anderen Mitglieder ein, aber auch für die Rechte der Bauern und Bäuerinnen in der gesamten Region. Und das ist dringend nötig. Denn unsere Böden sind ausgelaugt und liefern meist keine hohen Erträge mehr. Zudem ist die Bevölkerung gewachsen und das Land der Familien oft zu klein, um nach einem Todesfall alle Kinder und Enkel ausreichend zu versorgen. Kurzum: Wir wollen von unseren Feldern leben, aber das ist kaum noch möglich. Genauso problematisch ist die unzureichende technische Betreuung der Bewässerungskanäle und die schlechte Qualität der Düngers, was zeigt, dass schlechte Ernten kein Zufall sind. Doch es kann stets noch schlimmer kommen – so wie bei der letzten Regenzeit. Eigentlich sah es nach einer guten Ernte aus, bis sich herausstellte, dass die Hülsen vieler Reiskörner komplett leer waren! Das ist ein völlig neues Phänomen. Die Wissenschaft hat bis jetzt keine Antwort, ob es sich um einen Virus handelt oder etwas anderes. Auch für mich selbst war das sehr enttäuschend. Ich bewirtschaftete einen Hektar mit meiner Familie und beteilige mich außerdem an einem Kollektivfeld von 1,5 Hektar. In der Regel beträgt der Ertrag rund 70 Säcke Reis pro Hektar. Jetzt aber habe ich nach monatelanger Feldarbeit gerade mal einen Sack zur Verfügung! Derzeit muss ich den Reis auf dem Markt kaufen, den ich normalerweise von meinen eigenen Feldern bekomme. Und das mit 5 Kindern! Ich weiß nicht mehr, was ich machen soll. Doch das sind nur unsere persönlichen Probleme. Wichtiger ist, dass die Landwirtschaft für viele Menschen eine existenzielle Basis darstellt. Ich sehe unsere 200-Hektar-Kampagne deswegen auch als Bestätigung davon, dass nicht nur wir von der COPON, sondern alle Kleinbauern und -bäuerinnen weltweit eigenes Land brauchen. Ich appelliere daher an alle, solidarisch mit uns zu sein. Denn wie schon unseren Vorfahren gesagt haben: Die Erde lügt nicht. ◀



Kourouma (Mali): Bei ihren Protestkundgebungen thematisiert die bäuerliche Basisgewerkschaft COPON (Mitglied bei Afrique-Europe-Interact) insbesondere die Themen „Zugang zu Land“, „Wassergebühren“, „Zustand des Kanalsystems“ und „Düngerpreise“, 2017 [Foto: Dorette Führer]

200 Hektar zur Existenzsicherung

Aufruf: Umverteilung von Nord nach Süd zugunsten bäuerlicher Basisgewerkschaft in Mali

„Für uns verkörpern die Parzellen unsere Ernährung, unsere Medikamente, unsere Kleidung, unsere Fortbewegung. Bitte tut alles, die 200 Hektar und die nötigen Arbeitsgeräte bereitzustellen.“ Mit eindringlichen Worten beschreibt Oumou Daou Diarra in einem Spendenvideo unseres Netzwerks, welche Bedeutung der Zugang zu Land für kleinbäuerliche Haushalte hat. In ihrem Fall geht es um das „Office du Niger“ in Mali – ein großes Bewässerungsgebiet 230 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bamako (→ Seite 2). Wer im Office du Niger einen vom Staat ausgestellten Pachtvertrag über 1 oder 2 Hektar besitzt, kann Reis und Gemüse anbauen und so einen zentralen Beitrag zum Gesamteinkommen des Haushalts leisten. Im April 2023 ist Oumou Daou Diarra unerwartet gestorben. Ihr Tod war ein Schock. Nicht nur für ihre Familie, darunter 12 Kinder, für die sie als Mutter und Tante Verantwortung trug. Auch für die bäuerliche Basisgewerkschaft COPON, die Teil von Afrique-Europe-Interact ist. Denn Oumou Daou Diarra gehörte zu den aktivsten Mitgliedern der in 25 Dörfern im Office du Niger vertretenen COPON, dort hat sie unter anderem das Amt der Kassenwartin bekleidet.

Weshalb Oumou Daou Diarra starb, ist unklar – jenseits des in Mali üblichen Verweises auf göttliche Fügung. Denn medizinische Anzeichen gab es kaum, sie litt lediglich unter Rückenschmerzen. Dies zeigt: Plötzlich oder unter ungeklärten Umständen zu sterben, geschieht in Sahelländern wie Mali leider häufig. Viele Landbewohner:innen suchen bei Beschwerden allenfalls Heiler:innen oder die lokale Gesundheitsstation auf. Dabei sind Blutuntersuchungen oder bildgebende Diagnostiken die Ausnahme.

Eine obligatorische Krankenversicherung besteht nur für Staatsangestellte und Mitarbeiter:innen größerer Betriebe, also für knapp 10 Prozent der Bevölkerung. Alle anderen müssen in bar bezahlen, was wiederum sichere Einkommensquellen voraussetzt, etwa in Form von gepachtetem Land. Aber selbst dann reicht das Geld für weitergehende medizinische Behandlungen oft nicht aus.

Die COPON hat sich 2012 im Rahmen von Afrique-Europe-Interact gegründet. Ihre Anfänge gehen auf die weltweite Sozialforumsbewegung nach der Jahrtausendwende zurück. Damals spielten Landkonflikte eine wichtige Rolle, in Mali nicht zuletzt deshalb, weil die Regierung nach der globalen Nahrungsmittelkrise 2007/2008 im Office du Niger riesige Landflächen an (internationale) Großinvestoren verpachtete, was wiederum mit Landraub einherging, also der widerrechtlichen Aneignung landwirtschaftlich genutzter Acker- und Weideflächen. Mit anderen Worten: Der Zugang zu Land gehörte von Anfang an zur politischen Kernaufgabe der COPON. Zentraler Adressat war der Staat. Denn dieser betreibt im Office du Niger nicht nur Geschäfte mit Großinvestoren – jedenfalls damals. Er vergibt auch Land an kleinbäuerliche Haushalte, mitunter konfisziert er sogar Land, wenn Pächter:innen ihre Wasserrechnung nicht pünktlich bezahlen. Ganz in diesem Sinne veröffentlichte die COPON 2016 – zusammen mit Afrique-Europe-Interact – Recherchen, wonach bei dem von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit finanzierten Bewässerungsprojekt „Siengo Extension“ ein Teil der Flächen an lokale Staatsangestellte und Politiker:innen vergeben wurde,

nicht jedoch an die dafür vorgesehenen kleinbäuerlichen Haushalte. Dies sowie weitere von der COPON aufgedeckte Unregelmäßigkeiten bei den Wasserrechnungen schlugen hohe Wellen. Zusammen mit anderen Ländern beschloss die deutsche Bundesregierung daher, die Entwicklungszusammenarbeit mit dem Office du Niger vorübergehend auszusetzen und eine Untersuchung zu korrupten Landvergabepraktiken durchzuführen, was die Bauern und Bäuerinnen ausdrücklich begrüßten. Darüber hinaus skandalisierte die COPON immer wieder den für den Erntekalender ungünstigen Zeitpunkt, zu dem die Wasserrechnungen bezahlt werden mussten. Umso erfreulicher ist, dass sich die Situation im Office du Niger mittlerweile stark entspannt hat, wozu die Proteste der COPON nicht unwesentlich beigetragen haben dürften. Insbesondere die Begleichung der Wasserrechnung erfolgt heute mit ungleich größerer Flexibilität, sodass es kaum noch zu Konfiszierungen kommt – eine Errungenschaft, von der über 90.000 Haushalte profitieren.

Zugang zu Land gehörte seit jeher zur Kernaufgabe der COPON

Angesichts dieser Erfolge war es nicht überraschend, dass der COPON 2017 ein 200 Hektar großes Gelände zur Pacht angeboten wurde, was 280 Fußballfeldern entspricht. Womöglich sollte die umtriebige Basisgewerkschaft auf diese Weise ruhig gestellt werden. Doch die COPON betonte, dass Bauern und Bäuerinnen Land unter keinen Umständen ablehnen könnten. Einziger Haken: Die COPON wurde seitens der Behörden wie ein Großinvestor behandelt, die Annahme des Pachtvertrags war also mit der Auflage verknüpft, die 200 Hektar auf eigene Kosten an das Bewässerungssystem des Office du Niger anzu-

schließen. Und genau hier kommt Afrique-Europe-Interact ins Spiel. Denn die Erschließung des Landes – wozu nicht zuletzt Entbuschung, Planierung und Kanalneubauten gehören – kostet 1 Million Euro. Also eine für kleinbäuerliche Haushalte astronomisch hohe Summe. Aber auch Afrique-Europe-Interact kann einen solchen Betrag nicht ohne weiteres stemmen, weshalb wir in einem ersten Schritt den in der Sprechblase links dokumentierten Spendenslogan formuliert haben: "Wenn 4.000 Menschen einmalig 250 Euro spenden würden, könnte in Mali (Westafrika) die kleinbäuerliche Basisgewerkschaft COPON ein 200 Hektar großes Feld an das lokale Bewässerungssystem des "Office du Niger" anschließen. Dies würde die Ernährungssicherheit von mindestens 2.000 Menschen dauerhaft stabilisieren." Wir möchten damit zeigen, was Umverteilung zwischen Nord und Süd praktisch bedeuten kann – auch in Anlehnung an eine weitere von Oumou Daou Diarra in unserem Spendenvideo getätigte Aussage: "Kleine Spenden [immer wieder neu gesammelt – die Red.] führen nicht weiter, wir brauchen stattdessen schnellstmöglich Land." Schließlich: Dass wir uns für eine kleinteilige Spendenkampagne unter dem Titel 4.000 x 250 Euro entschieden haben (wobei kleinere Beträge genauso willkommen sind), hat auch damit zu tun, dass es uns bislang noch nicht gelungen ist, staatliche Akteure oder größere Stiftungen für die Erschließung der 200 Hektar zu gewinnen. Aber natürlich würden wir ein entsprechendes Engagement sehr begrüßen, zumal die Stabilisierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft immer auch einen Beitrag gegen die eskalierende Klimakrise und gegen die Gewalteskalation im Sahel (→ Seite 4) darstellt. ◀

Steuerlich absetzbare Spenden für die COPON können über unsere Webseite oder die Crowdfundingplattform betterplace.org getätigt werden.

Wenn 4.000 Menschen einmalig 250 Euro spenden würden, könnte in Mali die kleinbäuerliche Basisgewerkschaft COPON ein 200 Hektar großes Feld an das lokale Bewässerungssystem des "Office du Niger" anschließen. Dies würde die Ernährungssicherheit von mindestens 2.000 Menschen dauerhaft stabilisieren.

Gewalt und Zwang seit 1921

Die Dekolonisierung des Office du Niger dauert bis heute an

Das im Zentrum Malis gelegene Office du Niger ist eines der ältesten und größten Bewässerungsgebiete des afrikanischen Kontinents. Und es macht – jedenfalls auf den ersten Blick – den Eindruck einer Erfolgsgeschichte: Mittlen im staubtrockenen Sahel erstreckt sich ein riesiges vom Niger-Strom gespeistes Kanalsystem, das es rund 635.000 Menschen – verteilt auf 420 Dörfer – erlaubt, 115.000 Hektar bewässertes Land zu bearbeiten, eine Fläche etwas größer als Berlin. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille, denn das Office du Niger hat 1921 als koloniales Projekt begonnen. Bei seinem Bau sind hunderte, womöglich tausende Zwangsarbeiter:innen ums Leben gekommen, insbesondere solche, die aus dem Gebiet des heutigen Burkina Faso stammten. Und auch nach der Unabhängigkeit haben Gewalt, Ausbeutung und Kommandowirtschaft die landwirtschaftliche Arbeit im Office du Niger lange bestimmt. Das Office du Niger ist somit ein Paradebeispiel für die systematische Marginalisierung von Kleinbauern und -bäuerinnen, die in vielen Ländern Afrikas bis heute andauert und eine der zentralen Gründe für die Massenarmut der ländlichen Bevölkerung darstellt.

Ansich ist das Bewässerungsgebiet absolut beeindruckend: Émile Bélime – ein im Dienst der französischen Kolonialmacht stehender Ingenieur – hatte mitbekommen, dass auf dem Gebiet des heutigen Office du Niger zwei ausgetrocknete Flussbetten lagen – 150 Kilometer in nördlicher und 100 Kilometer in nordöstlicher Richtung. Entsprechend entwickelte er die Idee, den Niger mittels eines Staudamms um 5,5 Meter anzuheben und somit die alten Nebenflüsse des 4.184 Kilometer langen Stromes wieder mit Wasser zu füllen, gleichsam als natürliche Zuleitungskanäle für ein neu zu errichtendes Kanalsystem, in dem das Wasser einzig aufgrund von Höhenunterschieden fließen und auf die Felder gelangen kann. Fachleute sprechen von Gravitationsbewässerung. Doch der Kolonialmacht ging es nicht darum, einen Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft zu leisten und somit die Ernährungslage der lokalen Bevölkerung zu verbessern. Vielmehr sollte Baumwolle für die französische Textilindustrie angebaut werden – zynischerweise auch auf Kosten der im Sahel seit Jahrhunderten praktizierten Textilproduktion. Bélime sprach von 800.000 Menschen, die zwangsumgesiedelt werden müssten, um die für damalige Verhältnisse exorbitante Menge von jährlich 300.000 Tonnen Baumwolle zu produzieren. Dies zeigt: Gewalt hat die Strukturen des Office du Niger von Anfang an durchzogen. Eine europäische Beobach-

terin fühlte sich an die Industrialisierung in den 1930er Jahren in der Sowjetunion erinnert. Das illustrieren auch historische Filmaufnahmen, die wir auf unserer Webseite hochgeladen haben. Bei der Errichtung des 800 Meter breiten Markalastaudamms aus Stahl und Beton leisteten tausende Zwangsarbeiter:innen Schwerstarbeit, und zwar barfuß. Gleichzeitig entwurzelten sie mit Hilfe riesiger Maschinen Bäume und Büsche, planierten Felder, bauten Kanäle und errichteten Städte inklusive landwirtschaftlicher Fabriken – all dies in einer Region, die bis dahin nichts anderes als den kleinbäuerlichen Anbau von Getreide sowie pastoralistische Weidewirtschaft kannte. Bis zur Unabhängigkeit 1960 investierte die französische Kolonialmacht 175 Millionen Dollar ins Office du Niger, während sie für alle anderen Entwicklungsmaßnahmen auf dem Gebiet des heutigen Mali gerade mal 1,2 Millionen Dollar jährlich aufbrachte.

Umso bemerkenswerter ist, dass das Office du Niger bis heute hinter seinen hochfliegenden Plänen zurückbleibt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren gerade mal 10.000 Hektar erschlossen, während im Office du Niger 28.000 Menschen lebten. Und auch die aktuellen 115.000 Hektar bewässertes Land sind weit von den 1,9 Millionen Hektar entfernt, die laut der UN-Welternährungsorganisation FAO möglich wären – ein Gebiet, das Zweidrittel der Fläche Belgiens entsprechen würde. Die Gründe für das andauernde Scheitern waren vielfältig. Etwa der Umstand, dass der Boden im Office du Niger für den Anbau von Baumwolle nicht geeignet war, weshalb dieser 1970 endgültig aufgegeben wurde. Oder dass der Bau und Unterhalt eines derart großen Kanalsystems die Möglichkeiten des malischen Staatshaushaltes von Anfang an überfordert haben. Doch wichtiger war, dass die Bauernschaft die permanente Fremdbestimmung der Behörden nicht akzeptierte und immer wieder aufbegehrt, mitunter die Arbeit verweigerte oder sogar das Office du Niger verließ. Bereits 1944 gab es in der Provinzhauptstadt Niono eine erste Demonstration mit 1.000 Teilnehmer:innen. Dabei fällt auf, dass die damaligen, an die Kolonialmacht adressierten Forderungen große Ähnlichkeit mit einigen der heutigen Forderungen aufwiesen, beispielsweise was sichere Landtitel, die Höhe der Wassergebühren oder bessere Preise für agrarische Erzeugnisse betrifft. Mit der Unabhängigkeit keimte die Hoffnung, dass sich die Lage verbessern würde. Doch die Bauern und Bäuerinnen mussten rasch begreifen, dass die Unabhängigkeitsregierung unter Modibo Keita im Office du Niger auf Zwangskollektivierung und niedrige Preise setzte. Denn die ländlichen Haushalte sollten die ambitionierten Industrialisierungspläne des jungen Staates unterstützen, indem sie die rasant wachsende Stadtbevölkerung mit möglichst günstigen Produkten versorgten. Noch krasser wurde es ab 1968 unter der Militärdiktatur Moussa Traorés. Seine Regierung verzichtete zwar auf Zwangskollektivierung, kaufte aber die agrarischen Erzeugnisse häufig unterhalb der Produktionskosten auf. Ein Widerspruch, der es erforderte, die Bauern und Bäuerinnen unter polizeiliche Dauerbeobachtung zu stellen, um Schwarzmarktproduktion zu verhindern – was wiederum die Produktion Ende der 1970er Jahre endgültig kollabieren ließ. Ein echter Neuanfang wurde erst möglich, als das Office du Niger im Lauf der 1980er Jahre begann, seine Zwangsbewirtschaftung aufzuheben. Die Bauern und Bäuerinnen konnten von nun an frei produzieren und verkaufen, zudem erhielten sie bei der Entwicklung neuer Anbaumethoden staatliche Unterstützung, sodass die Produktivität erstmalig seit den 1930er Jahren stark anstieg – nämlich von 1,8 Tonnen Reis pro Hektar auf 6 Tonnen Reis pro Hektar zwischen 1982 und 2008. Dabei spielte vor allem die Weltbank eine entscheidende Rolle: Sie investierte massiv, verband dies jedoch mit dem neoliberalen Credo, den malischen Agrarsektor ausländischen Unternehmen zu öffnen. Entsprechend ambivalent waren die Ergebnisse: Einerseits ist das Office du Niger für die Ernährungssicherheit in Mali unentbehrlich geworden, wovon auch die Anbausaison 2022/23 zeugt, in der die Bauern und Bäuerinnen des Office du Niger 752.000 Tonnen Reis und 450.000 Tonnen Gemüse produzierten. Andererseits ist die Masse der Haushalte arm geblieben. Denn viele haben zu wenig oder gar kein Land, auch weil sie es wegen Zwangsenteignungen eingebüßt haben. Hinzu kommen alltägliche Problemlagen wie Klimawandelbedingte Starkregenereignisse oder fehlende Düngersubventionen – letzteres mit dem Effekt, dass die Ernte ungleich kleiner ausfällt. Denn ohne Dünger ist dem dauerbeanspruchten Boden im Office du Niger nur wenig Ertrag abzugewinnen. Bemerkenswert ist freilich, dass sich unter der neuen, aus einem Doppelputsch 2020/21 hervorgegangenen Regierung (→ S. 4) die von Feindseligkeit geprägten Beziehungen zwischen Bauernschaft und Verwaltung spürbar verbessert haben. Wahrscheinlich deshalb, weil die Regierung glaubwürdige Schritte in die Wege geleitet hat, die jahrzehntelange Auspressung und Bevormundung der Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger zu überwinden. ◀

Bauern akzeptierten ständige Fremdbestimmung nicht



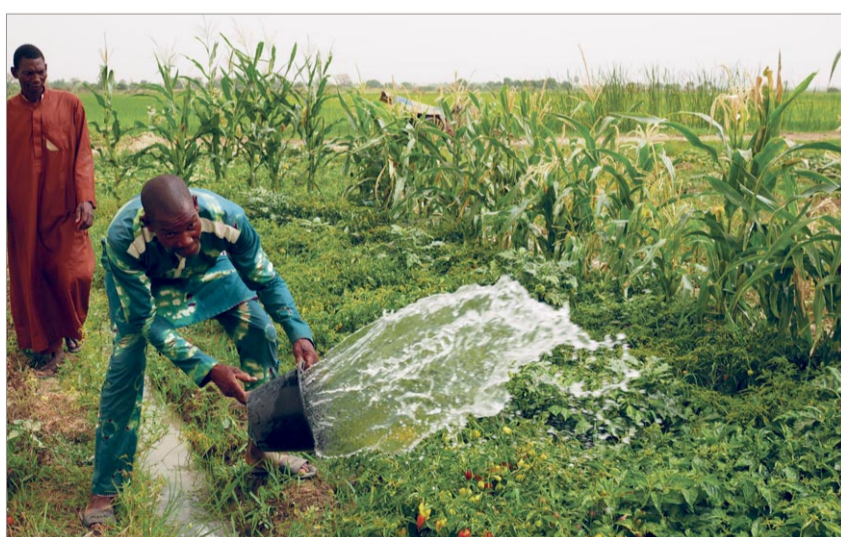
Bei Markala wird der 800 Meter breite Niger-Strom um 5,5 Meter gestaut, um das Kanalsystem des Bewässerungsgebiets des Office du Niger zu fluten. [Foto: Wikipedia]



Im Office du Niger regulieren Schleusen die Wasserstände in den großen, mittleren und kleinen Kanälen – das Wasser fließt einzig aufgrund von Höhenunterschieden. [Foto: Olaf Bernau]



Hauptkultur im Office du Niger ist Reis, sein Anbau ist in der Hauptsaison verpflichtend. Manche Arbeiten erfolgen kollektiv, etwa das Umsetzen von Setzlingen. 2012 [Foto: Makombe]



Zur Feinregulierung des Wasserstandes auf den Parzellen wird das Wasser aus den aderförmig die Felder überziehenden Kanälen geschöpft und aufs Feld „geworfen“. 2022 [Foto: Lars Springfeld]



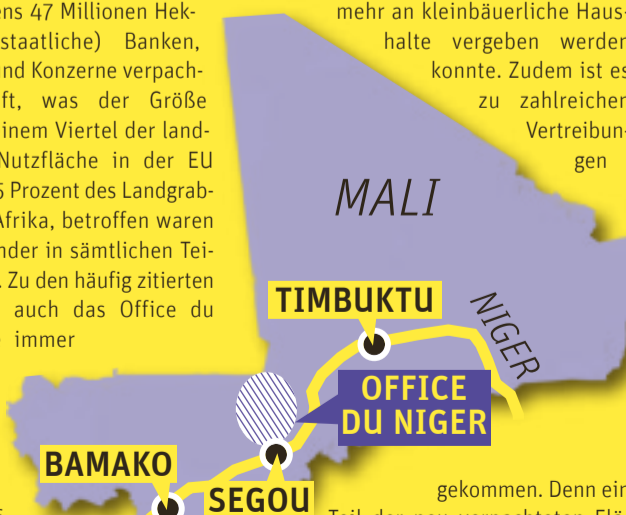
Das Schild zeigt das Office du Niger in seiner angestrebten Gesamtausdehnung. Bislange liegen die meisten Parzellen im Süd-Nord-Strang auf der linken Bildhälfte [Foto: Wikipedia]

Land- und Watergrabbing

Es liegt gerade mal 15 Jahre zurück, dass Land- und Watergrabbing in aller Munde waren: Als Folge der Welternährungskrise 2008 wurden allein zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 weltweit mindestens 47 Millionen Hektar Land an (staatliche) Banken, Investmentfonds und Konzerne verpachtet oder verkauft, was der Größe Schwedens bzw. einem Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU entsprach. Rund 75 Prozent des Landgrabbing erfolgte in Afrika, betroffen waren mindestens 23 Länder in sämtlichen Teilen des Kontinents. Zu den häufig zitierten Hotspots gehörte auch das Office du Niger, wovon die immer noch sehenswerte, auf youtube abrufbare ZDF-Doku "Ausverkauf in Afrika - Der Kampf ums Ackerland" von 2012 berichtet. Der malische Staat verfügte nicht über die finanziellen Mittel, das Kanalsystem des Office du Niger zugunsten kleinbäuerlicher

Haushalte auszubauen. Deshalb verpachtete er in hohem Tempo 871.267 Hektar Land, ganz überwiegend an Großinvestoren, davon die Hälfte aus dem Ausland. Das war fatal, weil das Land dadurch nicht mehr an kleinbäuerliche Haushalte vergeben werden konnte. Zudem ist es zu zahlreichen Vertreibungen gekommen. Denn ein Teil der neu verpachteten Flächen lagen auf kleinbäuerlich genutzten Acker- und Weideland – stellvertretend erwähnt seien die beiden von Afrique-Europe-Interact seit 2014 unterstützten Dörfern Sanamadougou und

Sahou. Nicht minder problematisch war bzw. ist, dass die Kapazität des derzeitigen Kanalsystems gerade mal dafür ausreichen würde, 160.000 Hektar Land zu bewässern – nicht zuletzt unter Berücksichtigung davon, dass der Niger aufgrund der Klimakrise in den vergangenen 30 Jahren ein Drittel seiner Wassermenge eingebüßt hat. Viele der Großinvestoren wussten dies und sicherten sich gegenüber kleinbäuerlichen Haushalten sowohl einen prioritären Zugang zu Wasser als auch eine um 97 Prozent reduzierte Wasserrechnung – letzteres mit dem Argument, dass sie ja ihre Kanäle selber gebaut hätten. Mittlerweile sind Land- und Watergrabbing weitgehend aus den (internationalen) Schlagzeilen verschwunden. Deutlich wurde zudem, dass seitens der Großinvestoren gerade mal 3 Prozent des angekündigten Investitionsvolumens tatsächlich ins Office du Niger geflossen ist. Entsprechend wurden Verträge über mindestens 224.219 Hektar wieder annulliert. Und doch haben zahlreiche Menschen ihr Land verloren, teils auch durch Projekte, die sich als Bauruinen entpuppt haben. ◀



»...dann hat die Macht Angst«

Interview zur Arbeit der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON

Mamadou Coulibaly ist Reisbauer und ehrenamtlicher Präsident der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON. Er berichtet über die Gründung sowie die alltägliche Arbeit der COPON – beides Grundlage für die Zuerkennung eines 200 Hektar-Pachtvertrags im Office du Niger 2022 (→ Infobox).

Wie ist es 2012 zur Gründung der COPON gekommen?

Ich bin Bauer und war gegen die damalige Regierung, die die bäuerlichen Haushalte vernachlässigt hat. Am Anfang waren wir nur ein kleiner Verein, doch jetzt reden wir mit den Verantwortlichen des Office du Niger über unsere Belange. Angefangen haben wir, weil wir als Bauern und Bäuerinnen keine adäquate Unterstützung erhalten haben.

Was meinst du genau, was hat euch gefehlt?

Ganz grundsätzlich ging es darum, dass die Bauern und Bäuerinnen ihre eigenen Rechte kennenlernen. Die Bauern waren von diesem Wissen abgeschnitten und die Mächtigen haben alles dafür getan, dass dies so bleibt. Wir haben daher auf das Recht auf Ausbildung bezüglich der jeweiligen Anbaukulturen gepocht – ob Reis, Gemüse oder Hirse. Aber auch auf das Recht, überhaupt Forderungen stellen zu können. Forderungen bezüglich Ausbildung, Wasserrechnung, Düngerpreise – und vor allem die Forderung bezüglich des Zugangs zu Land, quasi als Voraussetzung für alles weitere.

Und wart ihr erfolgreich? Was waren eure bislang größten Erfolge?

Am wichtigsten dürften unsere Proteste gegen die Wasserrechnung gewesen sein. Jahrzehntlang musste diese bis zum 31. März gezahlt werden. Wenn das nicht geschah, beispielsweise, weil es Ernteauffälle gab, konnte das Land konfisziert werden. Jetzt hat man mit der Bezahlung bis Juni Zeit, aber selbst dann kann man noch Aufschub erhalten. Beim Dünger haben sich die staatlicherseits gezahlten Subventionen verbessert, und selbst Land wird wieder öfter an kleinbäuerliche Haushalte vergeben. Hierzu gehört auch, dass die Kanäle besser gesäubert werden, sodass das Wasser wirklich pünktlich auf die Felder kommt.

Infos zum 200 Hektar-Pachtvertrag

Begonnen hat es 2017 mit einem Brief namens „Lettre d'intention“, in dem das Office du Niger seine prinzipielle Bereitschaft erklärte, der COPON 200 Hektar Land zu überlassen (→ S. 1). Auf dieser Basis erfolgte eine rund zweijährige Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung, in der die Geeignetheit des Geländes sowie etwaige – aus dem Gewohnheitsrecht stammende – Ansprüche auf das Land durch benachbarte Dörfer oder Viehhirtengemeinschaften geprüft wurden. Außerdem enthält die von einem Ingenieurbüro im Auftrag der COPON durchgeführte Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung die technische Planung, wie das Gelände mit Zu- und Abflusskanälen erschlossen werden kann. Die diesbezüglichen Kosten von rund 30.000 Euro hat Afrique-Europe-Interact getragen. Völlig unerwartet teilte die Verwaltung des Office du Niger 2020 mit, dass die COPON für die Erstellung der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung zu lange gebraucht habe und dass das 200 Hektar-Angebot daher zurückgenommen würde. Das war ein regelrechter Schock, denn die tatsächlich aufgetretenen Verzögerungen hatte die COPON nicht selbst zu verantworten. Umso erleichternder war, dass das Problem mit Hilfe wohlwollender Mitarbeiter des Office du Niger gelöst und der endgültige Pachtvertrag im Juni 2022 ausgestellt werden konnte. Dieser ist kostenlos und läuft über 30 Jahre –

Diesen Krieg haben wir gewonnen, was auch ein demokratischer Erfolg ist.

Mussten sich die Bauern und Bäuerinnen eigentlich einen Ruck geben, um bei der COPON mitzumachen? Hatten sie anfangs Angst?

Nein, überhaupt nicht. Mitglieder der COPON sehen sich durch das Kollektiv gut geschützt, sie haben keine Angst. Im Gegenteil: Sie sind stolz, sehr stolz sogar. Denn anders als früher haben sie jetzt keine Angst mehr, sich öffentlich zu äußern.

Warum glaubt ihr, dass die von dir genannten Erfolge auf eure Aktivitäten zurückzuführen sind?

Die Regierung hat natürlich nicht direkt auf unsere Forderungen reagiert. Dennoch spürst du, ob und inwieweit sich die Macht mit deinen Forderungen auseinandersetzt. Und diesbezüglich kann ich sagen, dass für uns sehr deutlich geworden ist, dass unsere Proteste eine wichtige Rolle bei der Veränderung im Office du Niger gespielt haben, auch wenn die Regierung das nicht zugegeben hat. Denn keine Regierung auf der Welt würde so etwas zugeben, einfach, weil es eine Einladung an alle wäre, ständig Proteste zu organisieren.

Warum war die Regierung von euch überhaupt beeindruckt? Ihr seid gerade mal in 25 von 420 Dörfern im Office du Niger vertreten. Hatte die Regierung Sorge, dass sich früher oder später tausende Bauern und Bäuerinnen euch anschließen könnten?

Ja genau, wenn du eine solche Bewegung aufbaust, dann hat die Macht Angst. Denn bei uns gibt es keine Gewerkschaften, die die Mächtigen ernsthaft herausfordern würden. Die Gewerkschaften sind vielmehr mit der Macht verbunden. Entsprechend haben die damals Verantwortlichen auch jemand auf uns angesetzt, der uns stillstellen sollte. Aber das hat nicht geklappt. Geklappt hat lediglich, die uns zur Verfügung gestellte Fläche auf 200 Hektar zu reduzieren. Eigentlich hatte ich 4.000 Hektar beantragt. Das hätte den tatsächlichen Bedarfen unserer Mitglieder viel eher entsprochen – unabhängig davon, ob uns die Finanzierung von 4.000 Hektar gelungen wäre oder nicht.

mit der Option auf beliebig häufige Verlängerung. In den ersten drei Jahren – also bis 2025 – müssen mindestens 100 Hektar an das Kanalsystem angeschlossen werden, doch diese Frist ist bei Bedarf verhandelbar. Die Erschließungsarbeiten finden gemäß der technischen Pläne der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung statt, verantwortlich ist eine private Firma, die im Office du Niger angesiedelt ist und mit der die COPON voraussichtlich im Juni 2024 einen Vertrag abschließen wird. Die Geschwindigkeit der Erschließung hängt letztlich davon ab, wie erfolgreich unsere Spendenkampagne verläuft. Konkret gehen wir davon aus, dass das Feld in 30- bis 50 Hektar-Paketen erschlossen werden kann. Insofern wurden noch keine Namenslisten der Anspruchsberechtigten erstellt, aber die Grundprinzipien stehen fest: Profitieren können nur Mitglieder der COPON (mit Stichtag 2017), jedes Mitglied soll insofern sicherstellen, dass ein weiterer erbberechtigter Verwandter Mitglied der COPON ist, um einen etwaigen Anteil an den 200 Hektar im Todesfall weitervererben zu können. Neben der COPON erhalten auch die Dorfchefs der angrenzenden fünf Dörfer 2 bis 5 Hektar pro Dorf. Denn gemäß Gewohnheitsrecht haben diese einen Anspruch auf das Land, auch wenn es sich eigentlich um Staatsland handelt – dies wurde in der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung festgehalten. ◀

Und wie hat es der Staat geschafft, die anderen Gewerkschaften derart brav werden zu lassen?

Bei uns ist bzw. war es lange so, dass die Macht auf den Plan tritt, sobald du Präsident eines Vereins oder einer Institution geworden bist. Sie geben dir Geld, sie laden dich ein, sie binden dich an die Macht, sodass du rasch diverse Vorteile genießt. Doch bei mir ist das Kalkül nicht aufgegangen, ich habe bis heute kein Auto. Einige der Gewerkschaftsbosse haben als Reaktion auf die Gründung der COPON sogar eine fast namens- bzw. klanggleiche Gewerkschaft gegründet – die GOPON, mit G statt C am Anfang. Damit wollten sie die Öffentlichkeit verwirren.

Ihr habt erzählt, dass die Verwaltung des Office du Niger heute kooperativer gegenüber den Bauern und Bäuerinnen auftritt. Wie erklärt ihr das?

Nun, die eine Macht hat Angst vor der anderen. Bislang war das Office du Niger von der alten politischen Klasse dominiert, jetzt dominieren Militärs und die machen keine Scherze. Alle sind daher sehr vorsichtig geworden. Wenn du eine große Familie hast und plötzlich deine Arbeit verlieren würdest, dann wäre das problematisch. Und nicht zuletzt deshalb verhalten sich die Verantwortlichen im Office du Niger mittlerweile gesetzestreu und dialogorientierter.

Heißt das auch, dass die Fremdbestimmung schwindet und das Office du Niger seinen prinzipiellen Charakter ändert (→ S. 2)?

Das ist eine sehr widersprüchliche Geschichte: In der Zeit von Moussa Traoré [1968 bis 1991 – die Red.] habe ich in einer Abteilung des Office du Niger gearbeitet, die die Produkte der Bauern und Bäuerinnen aufgekauft hat. Denn damals durften bäuerliche Haushalte ihren Reis nicht selber verkaufen. Stattdessen hat das Office du Niger alles aufgekauft, hat die Kosten für Wasser und Dünger abgezogen und den Bauern ihr Geld gegeben. Später hat Moussa Traoré dann die Produktion und den Verkauf von Reis liberalisiert, ab Mitte der 1980er Jahre waren die Bauern und Bäuerinnen frei, auf eigene Kappe zu wirtschaften. Aber sie konnten diese Freiheit für sich nicht gut nutzen. Sie haben zwar mehr produziert – nämlich 60 bis 80 Sack pro Hektar anstatt 30 Sack pro Hektar. Sie sind aber arm geblieben. Und genau deshalb ist ihre Ausbildung derart wichtig. Die Bauern und Bäuerinnen haben nicht das nötige Know-how, um sich auf den Weltmärkten zu behaupten, die meisten sind Analphabet:innen. Und auch die Strukturen fehlen – auch was Speicherkapazitäten betrifft [um die Produkte zu einem günstigeren Zeitpunkt verkaufen zu können – die Red.].

In welche Richtung sollte sich die kleinbäuerliche Landwirtschaft im Office du Niger entwickeln?

Die Bauern und Bäuerinnen müssen mehr Einkommensmöglichkeiten haben, beispielsweise müssen sie finanziell in die Lage versetzt werden, sich auch Mastrinder halten zu können. Ein junges Tier kostet 150.000 CFA [230 Euro – die Red.], es kann mit den Resten des geschälten Reises gefüttert werden, und das gemästete ausgewachsene Tier wiederum wirft 300.000 bis 400.000 CFA [458 bis 610 Euro – die Red.] ab. Dies zeigt, es gäbe viele Entwicklungspotentiale, die aber oft an der großen ökonomischen Fragilität der bäuerlichen Haushalte scheitern.

Und wäre auch eine Mechanisierung der Landwirtschaft nötig?

Leichte Traktoren würden uns nicht wirklich weiterbringen, denn die würden in der Regenzeit im Acker stecken bleiben. Besser wäre ein motorisierter und vielfältig einsetzbarer Einachser, mit dem man 2 Hektar pro Tag bearbeiten kann. Zugochsen schaffen noch nicht einmal einen halben Hektar pro Tag. Mein Traum ist eine kleinbäuerliche Landwirtschaft, die effizient ist – wir brauchen also keine großen und teuren Maschinen, um uns aus unserer Armut herauszuarbeiten. ◀



Die Wanderviehwirtschaft (Pastoralismus) ist eine der wichtigsten Wirtschaftszweige im Sahel, auch im Office du Niger. 2019 [Foto: Olaf Bernau]



Pressekonferenz der COPON im Dorf Tikerre-Moussa, bei der Bewohner:innen über korrupte Landvergabepraktiken berichten. 2016. [Foto: Dorette Führer]



Der Vereinsvorsitz der COPON befindet sich in Kourouma im Norden des Office du Niger. Vollversammlung im Jahr 2015. [Foto: David Brown]



In den Anfangsjahren hat die COPON ihre Mitglieder in ihren Dörfern aufgesucht, auch mit dem (damaligen) Bus von Afrique-Europe-Interact. 2015 [Foto: David Brown]



Die Kanäle im Office du Niger prägen auch das Alltagsleben: In ihnen werden Geschirr, Kleidung und Tiere gewaschen, Fischer:innen jagen, Kinder baden. 2019 [Foto: Olaf Bernau]



Besuch bei Mitgliedern der COPON in Marka Bassi (2019). Der Mann mit Brille ist der Präsident der COPON → Interview S. 3. [Foto: Dorette Führer]

Krisenbekämpfung neu denken

Durch Förderung kleinbäuerlicher Ökonomien Terror zurückdrängen

Wer im Jahr 2024 um finanzielle Unterstützung für ein Bewässerungsprojekt in Mali bittet, stößt unweigerlich auf Skepsis. Einerseits, weil kritisch nachgefragt wird, ob das Projekt überhaupt sicher ist. Denn niemand möchte Geld für ein Infrastruktur-Vorhaben spenden, das womöglich von (dschihadistischen) Terrorgruppen beschlagnahmt oder gar zerstört wird. Andererseits, weil die Sorge geäußert wird, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Mali der Aufwertung und somit Legitimierung einer Regierung dienen könnten, die ursprünglich durch einen illegitimen Putsch an die Macht gelangt sei. Beide Bedenken sind nachvollziehbar. Wir möchten daher begründen, weshalb gerade Aktivitäten wie das 200 Hektar-Bewässerungsprojekt für die COPON (→ S. 3) einen Beitrag zur Stabilisierung der komplizierten Lage im Sahel leisten können und insofern ein Gebot der Stunde sind.

Was die Sicherheitslage betrifft, gilt zunächst, dass das Epizentrum der seit 2012 andauernden Gewalteskalation in ländlichen Gebieten liegt – insbesondere in Liptako-Gourma, einer dünn besiedelten Region von der Größe Deutschlands, die sich über die Staatsgebiete von Mali, Burkina Faso und Niger erstreckt. Denn auch wenn die Anführer terroristischer Gruppen radikale, häufig in Saudi-Arabien ausgebildete Prediger sind, stammen ihre Mitglieder überwiegend aus verarmten Bauern- und Viehhirtenfamilien. Sie lassen sich rekrutieren, weil sie ihre persönliche Lage als aussichtslos wahrnehmen. Gleichzeitig empfinden sie Genugtuung darüber, dass die dschihadistischen Gruppen in einer hochgradig ungerechten Welt als praktische Ordnungsmacht agieren – also Entscheidungen bei Landkonflikten treffen, Jagd auf Viehdiebe machen oder bei alltäglichen Interessensdifferenzen intervenieren. Beispielsweise hob die zu Al-Qaida gehörige Massina-Befreiungsfront vor einigen Jahren Strafen für unerlaubten Holzeinschlag auf, untersagte die Erhebung von Weidegebühren in Teilen der Region Mopti und organisierte die gerechte Verteilung von Kuhdung zur Düngung der Felder. Ähnlich im Norden Burkina Fasos, wo Ibrahim Malam Dicko – der 2017 getötete Gründer der Terrorgruppe Ansar ul-Islam (Helfer des Islam) – nicht nur die Vormachtstellung reicher Honoratiorenfamilien in Frage stellte. Er wandte sich auch

gegen lokale Traditionen wie aufwändige Hochzeiten und Taufen, die vor allem für die armen Bevölkerungsschichten eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen. Im Kern ist das der Grund, weshalb dschihadistische Gruppen auch im Office du Niger immer wieder Anhänger finden, und sei es durch Androhung von Gewalt. Entsprechend gehören auch dort Anschläge zum Alltag, zwischenzeitlich kam es sogar zu mehrmonatigen Belagerungen von Dörfern, die sich dschihadistischen Machtansprüchen widersetzt hatten – etwa 2020 von Farabougou im äußersten Norden des Office du Niger. Umso wichtiger ist, dass die malische Armee in den vergangenen 2 bis 3 Jahren enorm an Stärke gewonnen hat. Das hat weniger mit den viel zitierten russischen (Wagner-)Söldnern zu tun. Entscheidender ist, dass Mali mittlerweile aus Russland sowie der Türkei massiv Rüstungsgüter bezieht. Dass Putin und Erdoğan damit ein eigenes Kalkül verfolgen, ist unstrittig. Auch die malische Regierung weiß dies, betont aber, dass es den westlichen Ländern unter französischer Führung in 10 Jahren Antiterrorkampf nicht gelungen sei, die Terroristen zu besiegen – auch deshalb nicht, weil ihre Soldat:innen seitens der Bevölkerung schon früh als ausländische Besatzungsmacht wahrgenommen worden seien.

Entsprechend hat nunmehr – nach Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der französischen Antiterroroperation Barkhane und der UN-Friedensmission MINUSMA – die malische Armee das Heft des Handelns selber in die Hand genommen. Und das mit durchaus beachtlichen Erfolgen, anders als in internationalen Medien häufig zu hören ist. Gerade in bevölkerungsreichen Regionen hat sich die Sicherheit spürbar verbessert, was die Lage in Mali deutlich von Burkina Faso unterscheidet, wo Polizei und Armee die Kontrolle über knapp 50 Prozent des Staatsgebiets verloren haben. Folgerichtig erzählen Mitglieder der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON, dass sie im Office du Niger in der Anbauperiode 2023/2024 wieder Felder bewirtschaften konnten, die sie in den Vorjahren aus Angst vor terroristischen Anschlägen gemieden haben. Wichtiger ist aber etwas anderes: Gerade weil die eigentliche Ursache der Gewalteskalation die für die Bevölkerung äußerst schwierige Vielfachkrise in ländli-

chen Gebieten ist, sind Initiativen wie das 200 Hektar-Projekt derart bedeutsam. Denn sie stellen einen Kontrapunkt dar, also Leuchttürme mit Vorbildcharakter, vor allem, wenn ganz normale Bauern und Bäuerinnen die maßgeblichen Träger:innen des Projektes sind. Konkreter: Die 200 Hektar machen Mut, sie zeigen jungen Leuten, dass man auch ohne Gewalt eine handfeste Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen erzielen kann, in diesem Fall durch gewerkschaftliche Organisierung von unten. Wir möchten zum zweiten Bedenken kommen, wonach die aktuelle Übergangsregierung durch einen Doppelputsch 2020/2021 an die Macht gekommen ist, Putsche aber stets eine Niederlage des politischen Prozesses darstellen.

Beides wird in Mali von niemandem bestritten, selbst von den Militärs nicht.

Genauso wenig sollte freilich aus dem Blick geraten, dass die Militärs unter dem Offizier Assimi Goita weiterhin breite Unterstützung in der Bevölkerung genießen. Anfangs reagierte die westliche Öffentlichkeit ungläubig auf solche Hinweise, doch mittlerweile werden sie von ausländischen Wissenschaftler:innen und Journalist:innen genauso bestätigt wie von Diplomaten:innen oder Mitarbeiter:innen von Nicht-Regierungsorganisationen. Auch die neusten (im März 2024 veröffentlichten) Zahlen der seit 2012 jährlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Meinungsumfrage „Mali-Mètre“ signalisieren große Zustimmung zur Übergangsregierung – trotz der schwierigen ökonomischen Lage sowie der aus Sicherheitsgründen abermals verschobenen Wahlen. Anstatt also die Legitimität der Übergangsregierung in Frage zu stellen, sollte mit dieser zusammengearbeitet werden – was respektvoll formulierte Kritik keineswegs ausschließt. Denn mehr Legitimität – im Sinne von Anerkennung durch die Bevölkerung – dürften die seit den frühen 1990er Jahren aus Wahlen hervorgegangenen Vorgängerregierungen nie gehabt haben, ablesbar unter anderem daran, dass die Wahlbeteiligung in aller Regel weit unter 50 Prozent lag. In diesem Sinne ist auch ausdrücklich die von Entwicklungsministerin Svenja Schulze mehrfach wiederholte Ankündigung zu begrüßen, wonach sich die deutsche Bundesregierung weiterhin im Sahel engagieren wolle. ◀

Lesehinweise zum Sahel: → Infoboxen rechts

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist*innen u.a. in Mali, DR Kongo, Togo, Niger, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich, Frankreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Geflüchtete, Migrant:innen und Abgeschobene.

AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

www.afrique-europe-interact.net

twitter: @ae_interact

Facebook: Afrique Europe Interact

Mail: info@afrique-europe-interact.net

Telefon: +49 (0) 151 / 525 27 776

KONFERENZ-TIPP

Vom 10. bis 12. Juni 2024 lädt das zivilgesellschaftliche Netzwerk Fokus Sahel (an dem auch Afrique-Europe-Interact beteiligt ist) zu einer Fachkonferenz unter dem Titel „Sahel im Umbruch – Kooperationen der Zukunft“ in Berlin ein. Wie bei den beiden Vorgängerkonferenzen 2019 und 2022 werden die allermeisten Referent:innen aus dem Sahel kommen.

Weitere Informationen unter: www.fokussahel.de

IMPRESSUM

Redaktion: Olaf Bernau, Dorette Führer, Moritz Galen, Joost Hinnen, Lars Springfeld

Beilage: tageszeitung, Archipel (Europäisches BürgerInnenforum)

Bestellung: Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu.

V.I.S.D.P.: Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

LESE-TIPPS SAHEL

Der Sahel gerät zwar regelmäßig in die internationalen Schlagzeilen, insbesondere wenn es zu Putschen, Terrorangriffen oder Veränderungen bei den internationalen Migrationsbewegungen kommt. Doch das Interesse hält meist nur wenige Wochen an – mit der Konsequenz, dass sich in der deutschen bzw. europäischen Öffentlichkeit bislang kein solides Wissen hinsichtlich des Sahel aufgebaut hat und viele Debatten immer wieder von vorne beginnen. Umso ausdrücklicher möchten wir auf das bereits 2022 erschienene Buch „**Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte**“ unseres Mitstreiters Olaf Bernau hinweisen, der auch an dieser Aktionszeitung mitgewirkt hat. Einerseits, weil thematisiert wird, wie sich die Sahelländer Mali, Burkina Faso und Niger in den letzten Jahrhunderten politisch, ökonomisch und sozial entwickelt haben – auch und

gerade im Wechselspiel mit den (von den Kolonialmächten privilegierten) Küstenregionen. Andererseits, weil das Buch seinen Ausgang erklärtermaßen von ländlichen Gebieten nimmt, wo insbesondere im Sahel weiterhin 70 bis 85 Prozent der Bevölkerung leben. Entsprechend spielen ländliche bzw. agrarische und pastoralistische Ökonomien eine wichtige Rolle, nicht zuletzt die Frage, wie die kleinbäuerliche Bevölkerung seit rund 100 Jahren systematisch marginalisiert wurde. Das mittlerweile in 2. Auflage vorliegende Buch (320 Seiten, 18 Euro) ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Analyse und journalistischer Beschreibung. Es greift an vielen Punkten Erfahrungen auf, die eng mit unserem Netzwerk zusammenhängen, auch was das Office du Niger betrifft. Weitere Texte zum Sahel finden sich auf der Webseite von Olaf Bernau: www.olafbernaud.de

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugeordnet werden (Alarme Phone Sahara, Rasthaus Rabat, Künstler:innendorf Faso Kele etc.) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren.

Im Falle der vorliegenden Zeitung möchten wir unterdessen ganz besonders zu Spenden für das **200 Hektar-Projekt im Office du Niger** aufrufen. Denn wenn 4.000 Menschen einmalig 250 Euro spenden würden, könnte die kleinbäuerliche Basisgewerkschaft COPON ein 200 Hektar großes Feld an das lokale Bewässerungssystem des "Office du Niger" anschließen, was wiederum die Ernährungssicherheit von mindestens 2.000 Menschen dauerhaft stabilisieren würde. **Natürlich sind auch kleinere Beträge sehr willkommen**, auf jeden Fall können Spenden über unser Konto (siehe unten) oder ab demnächst über unser Spendenkonto auf der Crowdfunding-Plattform betterplace.org erfolgen. Grundsätzlich würden wir uns sehr freuen, wenn die Informationen zu unserer 200-Hektar-Kampagne möglichst viele Menschen erreichen würden, auch mit Hilfe dieser Zeitung.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschrift einzug)

Name: Globale Gerechtigkeit e.V.

Bank: GLS Gemeinschaftsbank

IBAN: DE67 4306 0967 2032 2373 00, BIC GENODEM1GLS

Publikation mit Unterstützung von

